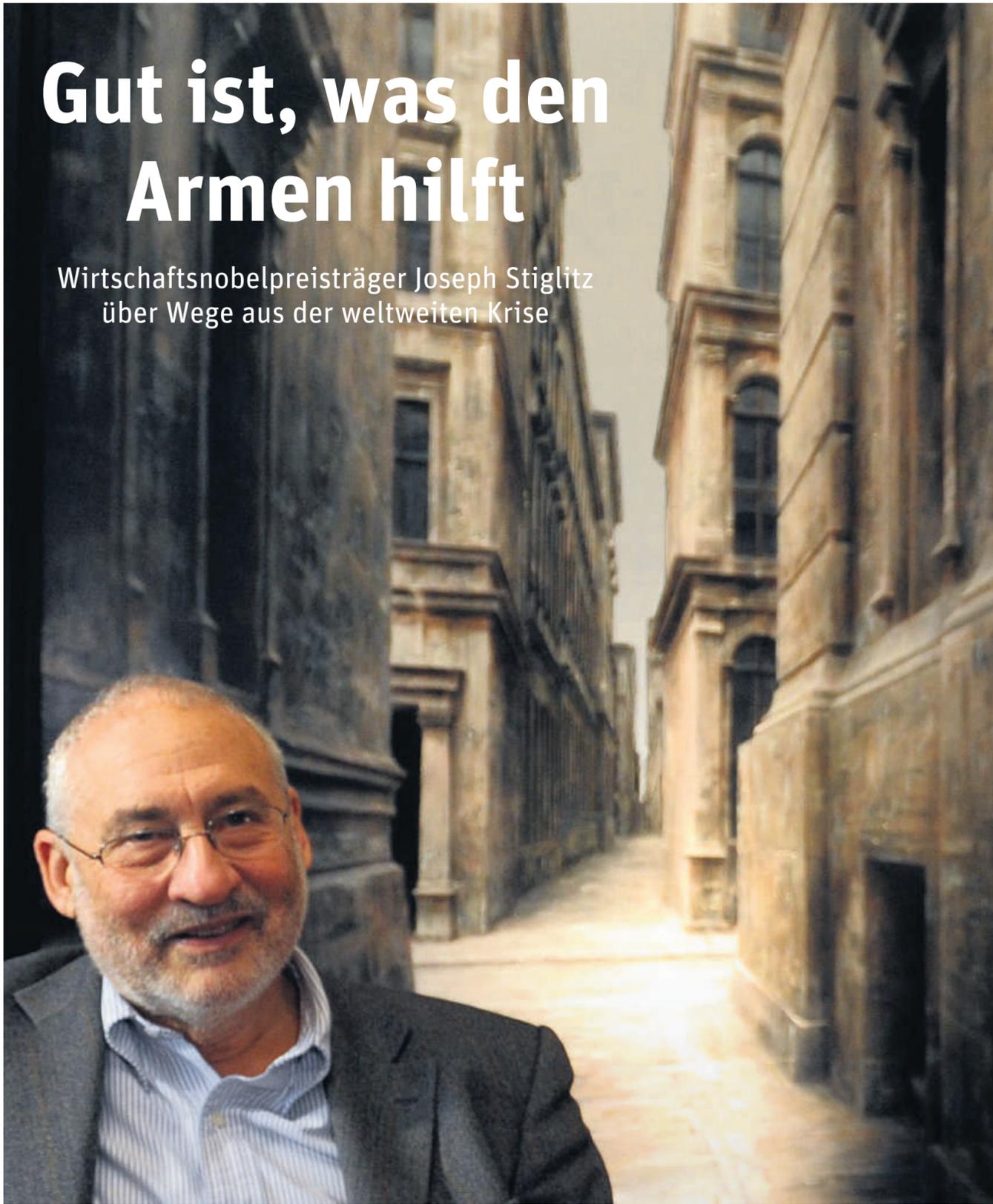


Gut ist, was den Armen hilft

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz über Wege aus der weltweiten Krise



Der 1943 geborene **Joseph Stiglitz** war Professor für Volkswirtschaft in Yale, Princeton, Oxford und Stanford. Ab 1993 stand er als Wirtschaftsberater der Regierung von William »Bill« Clinton zur Seite und wechselte anschließend als Chefvolkswirt zur Weltbank. Von dieser Position trat er nach drei Jahren aus Protest über die Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds gegenüber Entwicklungsländern zurück. Seitdem ist er einer der prominentesten Globalisierungskritiker weltweit. 2001 wurde er mit dem Nobelpreis für Wirtschaft für seine Arbeiten zu asymmetrischen Informationslagen ausgezeichnet. Derzeit lehrt er an der Columbia University in New York. In seinem neuen Buch »Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht« (Siedler Verlag, 24,99 Euro) widmet sich der Ökonom der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich. Im Berliner Hotel de Rome stellte er sein Buch dieser Tage vor. Mit ihm sprachen für »nd« **Martin Ling** und **Simon Poelchau**.
nd-Foto: Camay Sungu

● *Professor Stiglitz, der Ökonom Nouriel Roubini sagt zur Eurokrise, dass es eine schlechte Strategie sei, das Haus zu riskieren, um die Garage zu retten. Sollte die Europäische Union nicht lieber Griechenland aus der Eurozone entlassen?*

Ich denke, dass Roubinis Sicht am Hauptproblem der Eurozone vorbeizieht. Wäre Griechenland das einzige Problem, würde sich Europa nicht in einer solchen tiefen Krise befinden. Die großen Probleme sind Spanien und Italien. Ohne diese Länder in der Eurozone wäre Europa ein anderes Europa.

● *Ist die Eurozone in ihrer jetzigen Form zu halten?*

Europa muss sich die Frage stellen, welchen Charakter es haben will. Der Kernpunkt ist die Struktur der Eurozone. Es gibt einen gemeinsamen Binnenmarkt, aber kein gemeinsames Finanz- und Fiskalsystem. Derzeit gibt es eine Kapitalflucht aus spanischen Banken. Das schwächt Spanien und die Möglichkeiten der spanischen Regierung, die Banken zu retten. Was wir erleben, ist eine Abwärtsspirale. Das System, was geschaffen wurde, ist instabil. Es führt kein Weg daran vorbei: Es bedarf auf die eine oder andere Art eines gemeinsamen Finanzsystems aller Euroländer. Griechenland fallen zu lassen, löst nicht das Problem.

● *In Ihrem Buch schreiben Sie, dass die Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank Fed schlecht ist, die der Europäischen Zentralbank (EZB) aber noch schlechter. Hat sich das nicht mit dem neuen Aufkaufprogramm für Staatsanleihen geändert?*

Nicht wirklich. Das Programm ist ein weiteres Beispiel für eine kurzfristige Erleichterung, die langfristig keine Lösung bringt. Eine langfristige Lösung verlangt eine Änderung der grundlegenden Regeln. Die EZB versucht die Zinsen zu drücken, die Staaten für ihre Anleihen zahlen müssen. Es löst aber nicht das Problem.

● *Warum nicht?*

Der Fehler liegt in den Konditionen. Die Regierungen müssen sich den Auflagen der Troika unterwerfen. Welche Regierung will ihr eigenes Todesurteil unterschreiben, ihre Haushaltsrechte aufgeben und sich eine Politik auferlegen lassen, die ihr Land in eine Depression führt? Niemand ist mit dem Programm zufrieden und EZB-Chef Mario Draghi ist frustriert.

● *Stellt die jetzige Geldpolitik vor allem die Profite der Banken sicher?*

Ja. Wenn man sich die letzten Programme der EZB, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, anschaut, dann waren das reine Geschenke an die Banken. Die EZB gab den Banken mehr als eine Billion Euro zu Niedrigzinsen, damit diese Staatsanleihen kaufen konnten – zu deutlich höheren Zinsen. Das half den angeschlagenen Banken, sich zu rekapitalisieren. Man hoffte wohl, dass irgendwie ein Wunder geschehen würde und sich Banken und Staaten am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen würden. Aber es sind nun über zwei Jahre vergangen, ohne dass das funktioniert hat.

● *Auch das Rezept, das die Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU und EZB dem kriselnden Griechenland verschrieben hat, wirkt bisher nicht. Bietet diese Austeritätspolitik eine Lösung für Griechenland?*

Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Programm funktioniert, ist relativ gering. Als die Troika das Programm startete, überschätzte sie das Wirtschaftswachstum und die Staatseinnahmen und unterschätzte die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Sie ignorierte, welche negativen Auswirkungen das

Sparprogramm auf die Wirtschaftsleistung und damit auch auf die Staatseinnahmen hat. Schließlich wurde die Regierung für die Nichteinhaltung der Haushaltsziele verantwortlich gemacht, obwohl die Gründe für die Defizite hauptsächlich in den Rezepten des IWF liegen.

● *Sollte die EU nicht besser Geld für Maßnahmen ausgeben, die die Ungleichheit verringern und die griechische Wirtschaft effizienter machen?*

Das wäre sinnvoll. Seit mindestens eineinhalb Jahren merken Europas Politiker, dass ihre Maßnahmen kein Wachstum schaffen. Die Schuldenquote wird immer größer, weil die absolute Wirtschaftsleistung schneller schrumpft als die absoluten Staatsschulden. Es braucht andere Maßnahmen, um Wachstum zu schaffen. Bis jetzt haben sie aber keine Wachstumsstrategie entwickelt.

● *Wie könnte diese aussehen?*

Es muss um die Stärkung der Nachfrage gehen. Die Reformen, die zurzeit durchgeführt werden,

sollen vor allem die Angebotsseite stärken. Aber das Problem zurzeit ist nicht das Angebot, sondern die Nachfrage. Viele Maßnahmen, die auf die Angebotsseite zielen, schwächen die Nachfrage, zum Beispiel Lohnkürzungen.

● *Der Staat soll mithin Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu stimulieren?*

Ja. Wirksam sind Maßnahmen, die die Schere zwischen Arm und Reich kleiner machen. Das kurbelt die Nachfrage an, weil arme Menschen mehr Geld ausgeben, wenn sie zusätzliches Einkommen erhalten, während es die Reichen hauptsächlich sparen.

● *Unter anderem das Auseinanderdriften in den Einkommensverhältnissen hat die Occupy-Bewegung auf den Plan gerufen. Sie stehen ihr wohlwollend gegenüber. Von Occupy ist gerade nicht mehr viel zu hören. Was hat sie gebracht?*

Sie war sehr effektiv darin, die Öffentlichkeit auf ein Problem aufmerksam zu machen. Ihr Slogan »Wir sind die 99 Prozent« kommt

an. Deswegen wurden die Occupy-Aktivistinnen beachtet. Jeder versteht »Wir sind die 99 Prozent«. Und es spielt sogar eine Rolle bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Die Hauptkritik an dem republikanischen Kandidaten Mitt Romney ist, dass die Reichen nicht ihren gerechten Anteil an den Steuern zahlen.

● *Occupy schuf ein öffentliches Bewusstsein für Ungleichheit.*

Ja. Die Finanzmarktregeln schufen sehr viel Ungleichheit. Das Hypothekensystem hat viel Geld von unten nach oben umverteilt und viele Menschen haben jetzt Zweifel, dass die Reichen genügend Steuern zahlen.

● *Sie schreiben, dass eine andere Welt möglich ist. Wie soll das aussehen?*

Eine These von mir ist, dass es nicht sehr kompliziert ist, was wir machen sollten. Wir sollten die Banken stärker regulieren, die Macht der Konzernchefs beschneiden, das Schuldner- und Steuerrecht reformieren und mehr Geld in öffentliche Bildung stecken. Es gibt eine ganze Reihe von

Reformen, die die Mehrheit der Bevölkerung besser stellen würden – zum Beispiel stärkere Gewerkschaften.

● *Für echte Reformen braucht es durchsetzungsfähige Politiker.*

Sicher. Das Problem ist die Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik. Wirtschaftliche Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit und diese zu wirtschaftlicher Ungleichheit. Dieser Mechanismus muss aufgehoben werden.

● *Hat dieser Mechanismus die Demokratie in den USA zerstört?*

Es gibt noch immer eine Demokratie, in der jeder das Recht hat zu wählen. Wir müssen aber wieder von dem Prinzip »one dollar, one vote« (Ein Dollar, eine Stimme) zu »one person, one vote« (Eine Person, eine Stimme) kommen. Der Grund, warum ich mein neues Buch schrieb, ist die Hoffnung, dass die Wähler das realisieren und sich ihre Macht zurückholen.

● *Gibt es eine Rückkehr zur Klassengesellschaft in den USA?*

Ein Punkt des Slogans »Wir sind die 99 Prozent« ist, dass es keine traditionelle Klassengesellschaft gibt, weil es keine große Mittelschicht mehr gibt. Wir leben in einer gespaltenen Gesellschaft. Es gibt keine Fluktuation zwischen den Schichten mehr. Wer oben geboren wurde, bleibt da, und wer unten geboren wurde, bleibt da auch. Insofern entwickeln wir uns immer mehr zu einer Klassengesellschaft, wenn es das ist, was Sie darunter verstehen.

● *Um Armut zu bekämpfen, gilt nach wie vor Wirtschaftswachstum als unumgänglich. Muss in Zeiten des Klimawandels nicht auf andere Konzepte gesetzt werden?*

Die Frage ist, was wir unter Wachstum verstehen. Wir müssen hin zu einem System, das unseren ökologischen Fußabdruck verkleinert. Weil die Unternehmen in den USA für ihre Emissionen und deren Auswirkungen auf den Klimawandel nichts zahlen müssen, gibt es in diesem Bereich keinen Fortschritt. Wenigstens in Deutschland gibt es ein Umweltbewusstsein.

● *Aber kaum einer will für die Energiewende zahlen.*

In den USA geschieht dafür gar nichts.

● *Machen die Unternehmen nicht Extraprofiten auf Kosten der Allgemeinheit?*

Leider. Die Unternehmen können entweder Extraprofiten machen, indem sie Geschenke von Regierungen bekommen – zum Beispiel Subventionen oder billige Rohstoffe. Oder sie müssen nicht angemessen für den Schaden aufkommen, den sie anrichten. Wie bei BP und der Explosion der Ölförderplattform »Deepwater Horizon« vor zwei Jahren im Golf von Mexiko. Sie haben nicht die vollen Kosten der ökologischen Schäden übernommen, die sie anrichteten. Auch hier müssen die Spielregeln geändert werden.

● *Die Marktwirtschaft ist im Kern eine Geldwirtschaft. Geld ist aber weder sozial noch ökologisch sensibel. Können all die Probleme, die durch die Dynamik des Geldes verursacht werden, innerhalb der Geldwirtschaft gelöst werden oder brauchen wir eine neue Gesellschaftsform?*

Eine Gesellschaft kann nicht alleine auf Geld aufbauen. Aber wir brauchen Geld als Anreizsystem. Es wäre in vielen Bereichen leichtsinnig, nur auf die Marktkräfte zu vertrauen. Oft erzeugen Profitinteressen ein Verhalten, das im Gegensatz zum Allgemeinwohl steht. So wurden viele Entdeckungen und Erfindungen gemacht, weil die Menschen von dem Nutzen ihrer Arbeit überzeugt waren. Nehmen wir die diesjährigen Nobelpreisträger in den Naturwissenschaften – hätten sie möglichst viel Geld verdienen wollen, wären sie Banker geworden.

A N Z E I G E

PLAN B

Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau.

Konferenz
Fr., 26. und Sa., 27. Oktober 2012
Pfefferberg, Schönhauser Allee 176,
10119 Berlin
Die MdB **Katja Kipping** und **Gregor Gysi** referieren und debattieren mit AktivistInnen.
Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer